

Jac Bosmans

Die Zukunft der politischen Partei. Das Fallbeispiel Niederlande¹

NACH DER ERMORDUNG von Pim Fortuyn und Theo van Gogh und nach den Filmen *Submission* von Ayaan Hirsi Ali und *Fitna* von Geert Wilders stellt sich die Frage, was von den so toleranten, anständigen und verlässlichen Niederlanden im beginnenden 21. Jahrhundert noch übrig ist. Damals, im versäulten System des 20. Jahrhunderts, garantierte die Pazifikationsdemokratie eine wirksame Stabilität in der Politik. Die Anführer der politischen Hauptströmungen Sozialismus, Liberalismus und Christdemokratie waren sich den immer anwesenden religiösen und gesellschaftlichen Gegensätze bewusst, trieben sie jedoch aus Sorge vor einer Unregierbarkeit des Landes nie auf die Spitze. Die Wählerschaft verhielt sich meistens wie eine Applausmaschine und sorgte bei Wahlen für eine gleichmäßige Verteilung der politischen Macht. In den 1960er Jahren begann es im System zu knirschen, aber die in dieser Zeit einsetzende Auflösung der Pazifikationsdemokratie vollzog sich anfangs doch allmählich, um erst am Ende des Jahrhunderts in eine zerstörerische Stromschnelle zu geraten. Das politische Bild, das die Niederlande in den letzten Jahren abgeben, ist das großer Verwirrung. Dessen Entstehung wird den politischen Parteien angelastet, die, so ist zumindest der Eindruck, mehr mit sich selbst als mit den Nöten der Bürger beschäftigt sind, sich mit den gesellschaftlichen Problemen schwertun und infolgedessen den Wähler zunehmend populistischen Bewegungen in die Arme treiben. Im Folgenden wird zuerst die Krise, in der sich die niederländische Politik momentan befindet, beschrieben. Anschließend wird versucht, die Tiefe der Krise auszuloten. Schließlich wird die Frage thematisiert, ob die politischen Parteien wohl noch in der Lage sind, die Krise abzuwehren.

Die Krise

In den 1990er Jahren, in der Regierungszeit des sogenannten violetten Kabinetts, das aus der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA) und den beiden liberalen Parteien *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD) und *Democraten '66*

¹ Für ihre Kommentare zu diesem Text danke ich Prof. Dr. Ruud Koole von der Universität Leiden und Dr. Alexander van Kessel vom *Centrum voor Parlementaire Geschiedenis* an der Radboud Universität Nijmegen.

(D66) bestand, manifestierte sich die Fremdenproblematik, an Hand derer die Entstehung der politischen Krise am besten illustriert werden kann. Die Niederlande wurden Ziel von Asylsuchenden aus Afrika, Asien und dem Balkan, während Surinamer und Antillianer bereits viel länger dabei waren, sich in den wohlhabenden Niederlanden niederzulassen. Zentren für Asylsuchende schossen wie Pilze aus dem Boden und waren im Handumdrehen überfüllt. Der Staat reagierte mit einer großzügigen Aufnahmepolitik. Dazu kam die Familienzusammenführung der ersten Welle der Gastarbeiter aus Marokko und der Türkei. Gegen Ende des Jahrhunderts zählten die Niederlande bei einer Gesamtbevölkerung von rund sechzehn Millionen Einwohnern knapp anderthalb Millionen alte und neue Immigranten. Niemand wusste hinsichtlich dieses sich ständig ausdehnenden Problems Rat, bei dem es auf jeden Fall als politisch inkorrekt galt, kritische Bemerkungen zu machen. Die Niederlande waren doch von alters her eine offene Gesellschaft, in der Flüchtlinge schon seit Jahrhunderten ein Zuhause finden konnten. Das Drängen auf eine verschärfte Aufnahmepolitik kollidierte politisch und gesellschaftlich mit der Tugend der Toleranz, mit der man sich gerne groß tat. Ausgehend von der Argumentation, dass Immigranten immer ihren Platz in der Gesellschaft gefunden hätten, ja, dass die Gesellschaft seit eh und je bewiesen habe, dass sie sich auf die Kunst des Zusammenlebens verstehe, kam die Meinung auf, die Umwandlung in eine multikulturelle Gesellschaft werde ohne allzu große Erschütterungen verlaufen und sei lediglich eine Frage der Zeit.

Es war der Publizist Paul Scheffer, der mit seinem aufsehenerregenden Artikel *Het multiculturele drama (Das multikulturelle Drama)*, der Anfang 2000 in *NRC Handelsblad* erschien, der Politik einen Spiegel vorhielt, von dem man den Blick nicht mehr abwenden konnte.² Er warnte vor der zersetzenden Wirkung einer Regierungspolitik, die die Anpassung der Gesellschaft an die rasant ablaufende demographische Veränderung dem Selbstregulierungsvermögen der Betroffenen überlasse. Der Staat, so sein Aufruf, dürfe nicht länger passiv zusehen, wie sich bei den ethnischen Minderheiten Arbeitslosigkeit, Armut, Bildungsprobleme und Kriminalität häuften. Die tolerante Regierungspolitik mache es den Minderheiten doch sehr einfach, sich in ihrer eigenen Kultur einzuschließen. Man stelle dort die eigenen Gesetze und Normen über die der niederländischen Gesellschaft. Dies gelte besonders für die muslimischen Gemeinschaften, die inzwischen die Hälfte der Zuwanderer umfassten. Dort werde die Trennung von Kirche und Staat nicht wirklich akzeptiert, und Imame predigten Unversöhnlichkeit gegenüber der Gesellschaft, von der man einen Teil ausmachen sollte. Und was tat der Staat? Der schaute vorzugsweise in die andere Richtung und seufzte, die Einheimischen müssen sich noch stärker dafür einsetzen, die multikulturelle Gesellschaft anzunehmen. Nach Scheffers Meinung war eine solche Haltung das probate Mittel, um die kulturelle Isolation und die Ressentiments zu vertiefen, was auf die Dauer

2 P. SCHEFFER, *Het multiculturele drama*, in: *NRC Handelsblad* vom 29.01.2000.

unvermeidlich zum Zusammenbruch der multikulturellen Gesellschaft führen müsse. Die Duldungskultur habe ihre Grenzen erreicht. Dass Integration in erster Linie eine Frage der Zeit sei, sei eine Erwartung, die sich nicht bewahrheite. Integration unter der Wahrung der eigenen Integrität nannte Scheffer eine fromme Lüge, die vom Staat nicht gefördert werden dürfe. Statt dessen müsse der Staat die niederländische Sprache, Kultur und Geschichte als Ausgangspunkt für seine Politik viel ernster nehmen. Er müsse Programme anbieten, die die Immigranten damit vertraut machen. Solange die staatlichen Behörden dies nicht als vorrangige Aufgabe empfinden, werde es nicht zu einer echten Integration kommen und bleibe das multikulturelle Drama der Ungleichheit und Entfremdung die größte Bedrohung für den gesellschaftlichen Frieden.

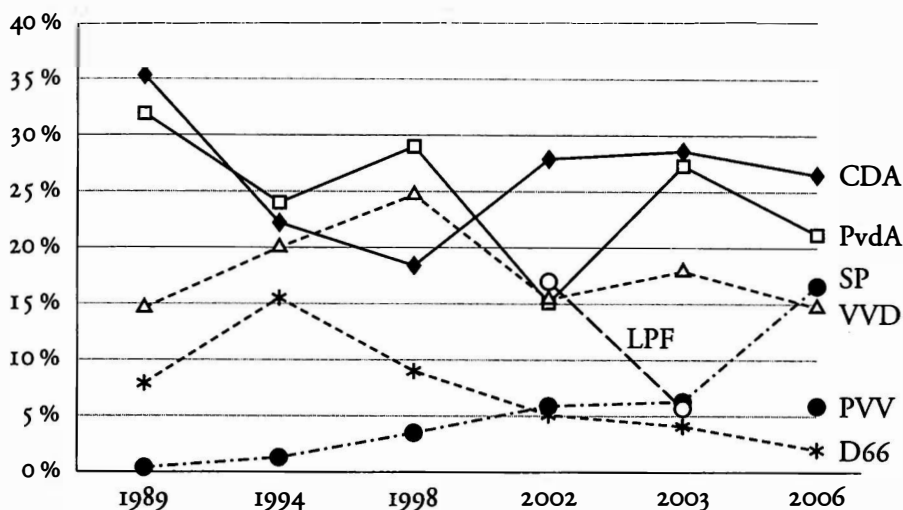
Scheffers Analyse hinterließ einen tiefen Eindruck. Hier wurden Gefühle in Worte gefasst, die vielen Menschen auf den Lippen lagen, die jedoch nicht ausgesprochen wurden, weil sie politisch unkorrekt waren. Es war Scheffers Absicht, die Politik dazu anzuregen, des gesellschaftlichen Friedens willen die Duldungskultur einzustellen und eine echte Integrationspolitik zu entwickeln. Sein Artikel hatte jedoch den unbeabsichtigten Nebeneffekt, dass in der öffentlichen Debatte Raum entstand, die Plädoyers für eine stringenteren Herangehensweise an die Fremdenproblematik nicht einfach beiseite zu schieben. Das galt auch für die politische Domäne. Der Raum, der dort entstand, wurde zunächst nicht von den etablierten Parteien ausgefüllt. Obwohl dem violetten Kabinett eine Verschärfung des Fremdengesetzes gelang, hielt die Politik doch noch überwiegend an dem fest, was politisch so lange als anständig gegolten hatte. Wer allerdings sehr wohl einsprang, war ein »Politiker außerhalb der Parteien«, der Wissenschaftler, Publizist und Manager Pim Fortuyn. Wie ein Komet erschien dieser hochgebildete und intelligente Nonkonformist am politischen Firmament. Diejenigen, die mit dem violetten Kabinett nichts anfangen konnten, das in ihren Augen im Begriff war, den Sozialstaat durch umfangreiche Einsparungen zu verschachern, das die »echten« Niederlande dem Untergang preisgab, indem es nicht gegen nicht-integrierte Immigranten auftrat, und das nicht auf das Volk hörte, erhielten mit dem dandyhaften und mit seiner Homosexualität kokettierenden Fortuyn einen eloquenten Wortführer. Schockierend und provozierend profilierte er sich im Handumdrehen als Gegenpol zum besonnenen und soliden Ministerpräsidenten Wim Kok (1994–2002), der Personifizierung dessen, was nun »die alte Politik« genannt wurde. Mit seinem Slogan »Ich sage, was ich denke und ich tue, was ich sage« weckte er bei vielen die Erwartung, er werde wahr machen, was er versprach: Die »Schutthaufen des violetten Kabinetts« aufräumen. Im Vorlauf zu den Parlamentswahlen vom Mai 2002 versuchte er mit der *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) sein Glück bei der Wählergunst. Die nahm täglich zu, vor allem nach den Gemeinderatswahlen vom März 2002, an denen er an seinem Wohnort Rotterdam als Spitzenkandidat von *Leefbaar Rotterdam* teilgenommen hatte. Dies hatte zu einem nie da gewesenen Erfolg geführt, denn in dem traditionell von der PvdA beherrschten Rotterdam war es ihm gelun-

gen, gleich 17 von 45 Sitzen einzuheimsen. Umfragen zeigten anschließend, dass er nun sicher als der kommende Mann gelten konnte: Ein glänzender Wahlsieg sei ihm nun nicht mehr zu nehmen, die »alte Politik« könne nun nicht mehr um ihn herumkommen, und wer weiß, vielleicht werde er ja der neue Ministerpräsident. Und dann kam der 6. Mai, an dem er erschossen wurde. Die Niederlande waren in heller Aufregung: Ein politischer Mord, so etwas hatte es nicht mehr gegeben seit dem Lynchmord an den Gebrüdern De Witt durch den Mob im Jahr 1672.

Trotz Fortuyns Todes oder dank diesem, aber auch weil seine Gedanken bei vielen ankamen, erlangte die LPF bei den Parlamentswahlen 17 Prozent der Stimmen und zog mit gleich 26 Sitzen in die Zweite Kammer ein. Einen solchen Erfolg für eine neue Partei hatte es noch nie gegeben – und auch nicht das, was nun folgte. Es wurde zu einem für die Politik beschämenden Schauspiel. Die violette Koalition hatte ausgespielt, da alle drei Parteien schreckliche Verluste hatten hinnehmen müssen. Die Oppositionspartei *Christen Democratisch Appel* (CDA) – mit der LPF der große Wahlgewinner – war am Zuge, aber es gab keine auf der Hand liegende Regierungskombination. Schließlich bildete CDA-Spitzenkandidat Jan Peter Balkenende eine Mannschaft, an der neben der LPF auch die liberale VVD beteiligt war. Letzteres machte die Politik nicht glaubwürdiger, nicht nur, weil diese Partei eine große Niederlage erlitten hatte, sondern auch, weil sie acht Jahre lang Bestandteil der violetten Koalition gewesen war, gegen die der CDA opponiert hatte. Bereits drei Monate nach Amtsantritt platzte diese Verlegenheitskoalition, weil sich die LPF-Fraktion in der Zweiten Kammer dadurch auszeichnete, dass sie untereinander Streit anzettelte und sich zwei LPF-Minister fast nach dem Leben trachteten. Ohne Fortuyn zeigte sich, dass die LPF keinen Zusammenhalt hatte. Der einzige Ausweg aus diesem erbärmlichen Zustand war ein neuer Wahlgang, der im Januar 2003 stattfand, weniger als ein Jahr nach dem vorherigen. In dieser kurzen Zeitspanne wechselte das politische Panorama erneut kräftig die Farbe. Die LPF verlor gut zwei Drittel ihrer Anhängerschaft, und die PvdA machte ihren enormen Verlust von 2002 fast vollständig wieder wett. Obwohl CDA und PvdA zusammen eine regierungsfähige Mehrheit bildeten, war es von Anfang an klar, dass der CDA am liebsten mit der VVD weitermachen wollte. Das ging nur, wenn man eine dritte Partei fand, die sich beteiligte. Man wurde bei der kleinen D66 fündig, die ja auch ein ehemaliger Partner in der violetten Koalition gewesen war. Die Mehrheit, die auf diese Weise auf die Beine gestellt wurde, war hauchdünn. Dieser Verlauf der Dinge war alles andere als förderlich für eine Zunahme des Vertrauens in die Politik. Dass es damit im Argen lag, davon zeugen alleine schon die verrückten Schwankungen des politischen Barometers in den letzten Jahren. Der Wähler hatte begonnen, ins Treiben zu geraten wie nie zuvor. Die grafische Darstellung der Wahlergebnisse der hier genannten Parteien zwischen 1989 und 2006 (Abb. 1) zeigt die ganze Launenhaftigkeit.

Analytiker sprachen nun lauter denn je über die Kluft zwischen dem, was die »Haager Politik« genannt wurde, und den Wählern. Wichtigster Testfall für das

Abbildung 1: Wahlergebnisse ausgewählter Parteien 1989 bis 2006



Schließen dieser Kluft durch das zweite Balkenende-Kabinett wurde die Ausländer- und Integrationspolitik. Diese stand inzwischen weit oben auf der politischen Tagesordnung. Das erste Balkenende-Kabinett hatte einen Minister für Ausländerangelegenheiten und Integration eingeführt, welcher Posten im zweiten Balkenende-Kabinett der liberalen Rita Verdonk zufiel. Sie profilierte sich damit, dass sie die Aufnahmepolitik noch restriktiver machte, die Abschiebepolitik verschärfte und Einbürgerungsanforderungen aufstellte. Dies ging manchen Mitgliedern ihrer eigenen Partei nicht weit genug, in der Koalition sorgte es für Spannungen, und die Opposition rieb sich ständig mit einem ganzen Strom von Tadelanträgen gegen die »eiserne Rita« auf.

Einige Vorfälle müssen hier erwähnt werden, weil sie die Polarisierung – sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft – verstärkten. An erster Stelle steht der von Mohammed B. im November 2004 am helllichten Tag in Amsterdam verübte Mord an dem Filmemacher und Kolumnisten Theo van Gogh. Gemeinsam mit Ayaan Hirsi Ali hatte er den Film *Submission* über die Unterdrückung der Frau im Islam gemacht, der zu einem heftigen Aufruhr in islamischen Kreisen geführt hatte. Auf Van Goghs Leichnam hatte Mohammed B. einen Brief zurückgelassen, in dem auch Hirsi Ali mit dem Tode bedroht wurde. Aus Somalia stammend, war Hirsi Ali 1992 in die Niederlande geflohen, wo sie bereits nach ein paar Monaten eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten hatte. Sie lernte die niederländische Sprache, begann an der Universität Leiden zu studieren und ließ sich 1997 einbürgern. Sie galt als ein vorbildlich integrierter Flüchtling. Schon bald wurde sie durch ihre klare Kritik am Islam und der Handhabung von Migrations- und Integrationsfragen im Allgemeinen bekannt. Nach dem Wahlen 2003 war sie

für die VVD Mitglied der Weiten Kammer geworden. Inzwischen hatte sie sich zu einer Ikone der freien Meinungsäußerung entwickelt. Durch ihr Zutun wurde das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung zum Schwerpunkt in der öffentlichen Debatte.

So entstand ein nahezu unbegrenzter Raum für die freie Meinungsäußerung. Wer davon begierig Gebrauch machte, war Hirsi Alis Partei- und Fraktionskollege Geert Wilders, der alle Hemmungen, den Islam anzugreifen, verlor. Seiner Meinung nach stehe der Islam im Widerspruch zu den niederländischen Traditionen, zur Demokratie und zum Rechtsstaat. Zum Schutz der niederländischen Identität sei es daher notwendig, radikale Moscheen zu schließen, radikale Imame auszuweisen, die Burka zu verbieten, die Grenzen zu schließen und die Türkei niemals zum EU-Mitglied zu machen. Das ging vielen in der VVD zu weit. Da Wilders sich nicht den Mund verbieten lassen wollte, verließ er die Fraktion, behielt aber seinen Sitz im Parlament. Das war kurz vor dem Mord an Theo van Gogh. Die gegen den Islam und gegen die Asylsuchenden gerichtete Stimmung in der Gesellschaft, die auf dieses Verbrechen folgte, stimulierte Wilders, in immer ungehobelteren Worten gegen die multikulturelle Gesellschaft und gegen die Politik, die diese aufrecht erhielt, in den Kampf zu ziehen. Als die Zweite Kammer die Regierung dazu zwang, ein Referendum zur Europäischen Verfassung anzusetzen – mit dem Argument, dass eine solche grundsätzliche Entscheidung vom Wähler legitimiert werden müsse und aus der Erwartung heraus, dass der Wähler dies auch tun werde – startete Wilders eine Gegenkampagne, bei der die eventuelle EU-Mitgliedschaft der Türkei als eines seiner Gegenargumente diente. Nicht zuletzt durch sein Zutun wurde die europäische Verfassung 2005 mit einer deutlichen Mehrheit von 60 Prozent Gegenstimmen verworfen. In Den Haag erschrak man sich heftig: Das war nicht die beabsichtigte Wirkung des Referendums gewesen. Den Haag hatte die Anti-Europa-Stimmung deutlich unterschätzt, und nichts hätte die Kluft zwischen der Haager Politik und der im Volk herrschenden Meinung schärfer zeigen können. Dass Wilders für letztere ein besseres Gespür hatte, zeigte sich 2006, als er mit seiner *Partij voor de Vrijheid* (PVV) an den Parlamentswahlen teilnahm und in der Zweiten Kammer neun Sitze eroberte. Von diesem Erfolg beflügelt, verschärfte er seinen Kampf gegen den Islam und nahm noch größere Worte in den Mund: Der Koran sei ein islamitisches *Mein Kampf* und müsse daher verboten werden. Ab dem Sommer des Jahres 2007 hielt er die Politik in Den Haag im Griff, indem er ankündigte, in einem Film beweisen zu wollen, dass der Koran ein faschistisches Buch sei. Jedermann stockte der Atem vor den möglichen Folgen. Der Film *Fitna* ist im März 2008 dann schließlich im Internet gezeigt worden, und die befürchteten Folgen sind – zumindest bislang – ausgeblieben.

Zurück zu Hirsi Ali: Ereignisse rund um ihre Person brachten die Haager Politik noch weiter in Schwierigkeiten. Im Mai 2006 wurde bekannt, dass sie damals bei ihrem Asylantrag einen Teil ihrer Flüchtlingsgeschichte erfunden und verdreht

hatte, um ihre Aufnahme sicherzustellen. Ihre Parteikollegin, Ministerin Verdonk, ging in dieser heiklen Frage strikt vor. Als sie erklärte, man gehe vorläufig davon aus, dass Hirsi Ali nach den geltenden Vorschriften die 1997 erworbene niederländische Staatsbürgerschaft niemals erhalten habe, trat diese sofort als Mitglied des Parlaments zurück. Damit war die Frage aber alles andere als erledigt. Sie brachte der Ministerin in der Zweiten Kammer den soundsovielten Tadelsantrag ein. Auch dieses Mal kam der Antrag nicht durch, aber das Pikante an der Angelegenheit war dieses Mal, dass der Koalitionspartner D66 dem Antrag zustimmte und seine Unterstützung für das Kabinett Balkenende II zurückzog. Daraufhin traten die D66-Minister zurück und das Kabinett stürzte. Anschließend bildete Balkenende ein Minderheitskabinett aus CDA und VVD (Balkenende III), das vorgezogene Wahlen ausschrieb.

Die Lage um Verdonk beruhigte sich nicht. Ihre rigide Ausländerpolitik sorgte zwar politisch für viele Probleme, aber dadurch wuchs ihre Popularität unter der Wählerschaft. Sie hatte inzwischen die politische Ambition entwickelt, die erste Ministerpräsidentin der Niederlande zu werden und versuchte, dieses Amt als Spitzenkandidatin ihrer Partei, der VVD, zu erlangen. Diesen Kampf verlor sie knapp gegen Mark Rutte, aber bei den Wahlen vom November 2006 zeigte sich, dass sie als Nummer zwei auf der Liste nicht nur mehr Stimmen als Rutte erhalten hatte, auch erwies sich die Zahl der *voorkeurstemmen* (Wählerstimmen, die nicht dem Spitzenkandidaten gegeben werden), die sie gesammelt hatte, als absoluter Rekord in der parlamentarischen Geschichte.

Nach der Bildung des neuen Kabinetts Balkenende IV im Februar 2007, eine Koalition aus CDA, PvdA und der kleinen christlichen Partei *Christen-Unie* (CU), nahm Verdonk ihren Platz in der Zweiten Kammer ein. Da verhielt sie sich wie eine Laus im Pelz von Rutte, indem sie ständig den Kurs der VVD, die nun zur Oppositionspartei geworden war, und Rutes Führung kritisierte. Dies ging Rutte auf die Dauer zu weit. Im September wurde Verdonk aus der Fraktion ausgeschlossen. Sie behielt wie seinerzeit Wilders ihren Sitz im Parlament. In Umfragen schossen ihre Werte anfangs nach oben und einige Monate später startete sie eine neue politische Bewegung. *Trots op Nederland* (*Stolz auf die Niederlande*), wie sie ihre Bewegung nannte, gelang es jedoch nicht, die Werte zu wahren. Neben der PVV von Wilders, so zeigte sich bald, war rechtsseitig in der Politik für einen neuen Spieler kaum noch Platz.

Diese Entwicklungen – der rasche und erfolgreiche Aufstieg der Fortuynschen Bewegung, ihre ebenso rasche Implosion, danach die schnell wachsende Anziehungskraft von Wilders und dann die anfangs Erfolg versprechenden Versuche Verdonks, in die politische Ordnung einzudringen, sowie ihr rapider Verlust an Wählergunst – manifestieren die Launenhaftigkeit der Wählerschaft, wie sie sich, etwas langfristiger betrachtet, auch in den stark schwankenden Wahlergebnissen der etablierten Parteien zeigt. Auch die Entwicklungen auf der linken Seite des politischen Spektrums zeigen, wie unberechenbar der Wähler geworden ist. In den

1990er Jahren ist *GroenLinks* für die PvdA der Störenfried gewesen – eine Fusion kleiner, linker Parteien unterschiedlicher Ausrichtung, zu denen die kommunistische Partei gehörte, die alleine nicht mehr lebensfähig waren. Seit einiger Zeit wird die Position der PvdA als das politische Gesicht des Sozialismus schlechthin durch die *Socialistische Partij* (SP) ernsthaft bedroht, deren Aufstieg in den 1990er Jahren einsetzte und die bei den Wahlen von 2006 für den großen Knall sorgte: Sie erhöhte die Zahl ihrer Mandate von 9 Sitze in 2003 auf 25 und wurde damit nach dem CDA und der PvdA und vor der VVD zur drittgrößten Fraktion in der Zweiten Kammer.

Die 1971 gegründete SP hat ihren Ursprung in einem dogmatisch marxistischen Leninismus, wie er von Mao verbreitet wurde und für den die kommunistische Partei kein Nährboden mehr war.³ Damals operierte sie noch lokal und war in erster Linie auf Aktionen ausgerichtet. Eine der aktivsten Abteilungen befand sich in der Industriestadt Oss im Süden des Landes. Diese Abteilung wurde durch den Fabrikarbeiter Jan Marijnissen angeführt. Der ideenreiche und sprachgewandte Marijnissen stieg rasch in der Partei auf. 1988 wurde er Vorsitzender und politischer Leiter – Funktionen, denen er 1994, als die SP mit zwei Sitzen in die Zweite Kammer einzog, noch die des Fraktionsvorsitzenden hinzufügte. Unter seiner Leitung wuchs die Partei ununterbrochen. Sie war im Aufwind, weil die PvdA in den 1990er Jahren zu Zeiten der violetten Koalition ziemlich viel ideologischen Ballast abwarf und sich der Privatisierungstendenz der freien Marktwirtschaft öffnete. Für die SP war dies sozusagen Verrat an der Sache. Indem sie die PvdA als eine neoliberale Partei darstellte, forderte sie für sich die Position der Hüterin des authentischen Sozialismus. Als Oppositionspartei konnte sie es sich erlauben, den Staat in allen Politikbereichen anzugreifen. Sie strahlte die Überzeugung aus, die SP habe die Patentlösung für alle Probleme. Das sprach Wähler an, die sich unbehaglich fühlten. Eigenartig für diese sich sozialistisch nennende Partei ist ihr Mangel an internationaler Orientierung. Nicht eine sozialistische Welt, sondern die sozialistischen Niederlande sind ihr höchstes Ziel. Der nach innen gerichtete Blick veranlasste die SP im Jahr 2005 dazu, in vorderster Linie im Kampf gegen die Europäische Verfassung mitzukämpfen.

Der Erfolg der SP ist eines der zahlreichen Beispiele für die Zunahme der Kluft zwischen Volk und Politik. Die SP versteht es durch ihre oftmals vereinfachende Darstellung der Dinge und dadurch, dass sie an der Seitenlinie immer ruft, die Regierungspolitik taue nichts und dieser dann Alternativen gegenüberstellt, die nicht immer von Realitätssinn zeugen, große Wählergruppen anzusprechen. Kaum war sie bei den Wahlen von 2006 große Siegerin geworden, da kündigte Marijnissen auch schon an, seine Partei werde sich aus der Regierungsverantwortung heraushalten. Hier sprach ein scharfsichtiger Politiker, der begriff, dass das Wachstum seiner Partei stagnieren könnte, wenn sie am Regierungstisch Platz näh-

3 Zur SP siehe auch den Beitrag von Voerman in diesem Jahrbuch

me, an dem nur Kompromisse geschlossen werden können. Es ist für die SP viel attraktiver, ihre Position als »Gegen«-Partei fortzusetzen und die lästige Stechfliege im Genick der PvdA zu bleiben, vor allem, da diese nun wieder Regierungspartei geworden ist. Dies hat der SP den Vorwurf eingebracht, keinen Beitrag zum Verkleinern der Kluft leisten zu wollen.

Die Schwere der Krise

Auch der Erfolg der SP ist unter den Beispielen für die Zunahme der Kluft zwischen Volk und Politik einzuordnen. Jetzt muss die Frage behandelt werden, wie das augenscheinliche Chaos in der politischen Domäne erklärt werden kann und wie tief die Krise eigentlich ist. Stehen wir in der niederländischen Politik an einem Wendepunkt, an dem nach neuen Formen der politischen Umsetzung der Präferenzen der Wählerschaft gesucht werden muss, die von dem traditionellen Weg über die Parteien abweichen? Pim Fortuyn wollte glauben machen, dies sei der Fall. Er sprach von alter Politik, wie er ziemlich höhnisch die etablierte Ordnung darstellte, und er präsentierte sich selbst als erneuernd, indem er das, für das er eintrat, neue Politik nannte: Zu sagen, was man denkt, und zu tun, was man sagt. Nach dem Scheitern seiner Partei haben Wilders und anfangs auch Verdonk den Stab übernommen. Ohne eine Spur des Zögerns wird von dieser Seite ebenfalls vorgebracht, die alte Politik habe ausgedient. Links und rechts, politische Parteien, Parteiprogramme – alles das seien überholte Begriffe, mit denen der Bürger nichts mehr anfangen könne. Das Regime der alten Politik sei nur noch für die Vertreter des Establishments profitabel. Die alte Politik sei zu einem »old boy's Network« geworden, das alle Schlüsselpositionen besetzt halte. Das sei keine Demokratie. »Wenn man zu Hause über das Abendessen entscheiden muss, und drei wollen Kartoffeln und zwei Sauerkraut, dann werden es doch Kartoffeln, oder?« – so Verdonks simple Vorstellung von Demokratie. »Man muss gemeinsam schauen, was mit dem Land geschehen soll, dann eine Vereinbarung treffen und diese dann auch wirklich ausführen. Nicht anfangen zu zweifeln, wenn doch jemand etwas anderes will. Das ist das, was man heute sieht. Und dann wird wieder eine Kommission ernannt.« Ihr Medienberater fügt dem noch hinzu: »Dieses in Kommissionen zusammensitzen und schwafeln, das ist alte Politik. Damit löst man nichts.«⁴ Tatkraft – darum scheint es sich in der neuen Politik zu drehen. Die Form, in der diese Tatkraft kanalisiert werden soll, ist nicht die nur mit sich selbst beschäftigte und völlig nach innen gewandte politische Partei, sondern die Bewegung, die ihre Antennen auf die Gesellschaft ausgerichtet hat und sehr feinfühlig auffängt, was sich dort abspielt. Wie dann die Umsetzung von der Wahrnehmung in die angewandte Politik erfolgen soll, hat sich noch lange nicht herauskristallisiert. Soviel ist deutlich: Wilders und Verdonk sagen, dass sie

4 Interview mit Rita Verdonk in: *NRC Handelsblad* vom 9.2.2008.

nicht in die Falle der alten politischen Kultur geraten werden, wo die Bedürfnisse der Wähler im Zusammenprall konfligierender Interessen zu wenig effektiven Kompromissen zermahlen werden, deren Ausführung anschließend durch den geschwätzigen Politikzirkus so weit wie möglich auf die lange Bank geschoben wird. Um all dies zu verhindern, stehen Wilders und Verdonk an der Spitze von Bewegungen, die in nichts einer politischen Partei ähneln und diese Ähnlichkeit auch nicht anstreben: Sie haben keine Struktur mit nationalen Gliederungen und regionalen Verbänden; nicht einmal Mitglied kann man werden, lediglich als Freiwilliger kann man sich anmelden. Wilders und Verdonk wollen, so scheint es, die Fäden soweit wie möglich selbst in der Hand behalten. Trotz des zweifelhaften demokratischen Gehalts dieser Bewegungen sieht der Wähler, wie der Erfolg von Wilders bei den Parlamentswahlen von 2006 und die zu Anfang günstigen Prognosen für Verdonk zeigen, hierin eine attraktive Alternative zur alten Politik, die nach seiner Meinung seine Präferenzen negiert.

Haben wir es hier mit einem typisch niederländischen Phänomen zu tun? Im Sommer 2006, noch vor den Parlamentswahlen, bei denen Wilders seinen spektakulären Wahlsieg erzielte und Marijnssens SP den großen Sprung nach vorne machte, legte der bekannte britische Politikwissenschaftler Peter Mair auf einer in den Niederlanden abgehaltenen Konferenz über *The Challenge to European Democracy* dar, dass die Malaise im demokratischen System auch in anderen etablierten Demokratien auftritt. Als Symptome für die Malaise nannte er den weit verbreiteten Mangel an Vertrauen zu Politikern und politischen Parteien, sinkende Wahlbeteiligung, Abnahme der Identifikation mit einer politischen Partei, Abnahme der Parteimitgliedschaften, Zynismus mit Blick auf die Politik als solche sowie die Kehrseite: zunehmende Unterstützung für neue, populistische Parteien, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite. Auf der Suche nach den Ursachen der Malaise gelangt Mair zu zwei Faktoren: Zum einen ist der politische Prozess so komplex geworden, dass der Bürger das Gefühl bekommen hat, keine Kontrolle mehr darüber zu haben, und zum anderen ist noch hinzugekommen, dass ein Teil der politischen Beschlussfassung auf die europäische Ebene überführt worden ist, auf die der Bürger erst recht keinen Zugriff hat. Mair zufolge ist die politische Malaise im Nachkriegseuropa noch niemals dermaßen schwer gewesen. Er schreibt dies vor allem einem ernsthaften Versagen der politischen Parteien zu, die immer mehr zu Regierungsparteien geworden und immer weniger in der Lage seien, sich selbst gegenüber ihrer Anhängerschaft zu legitimieren, wodurch Beschaffenheit und Funktionieren der Demokratie zur Diskussion gestellt worden seien. Dadurch würden die Bürger angeregt, dem konventionellen politischen Engagement Lebewohl zu sagen und ihr Heil in ad hoc-Formen der Repräsentation zu suchen, wovon populistische Bewegungen geschickt Gebrauch machten. Nirgendwo sei dieses Versagen Mair zufolge so deutlich demonstriert worden, wie bei der Zurückweisung der Europäischen Verfassung per Referendum in Frank-

reich und den Niederlanden im Jahr 2005.⁵ Obwohl Mair es versäumt, eine klare Richtung anzugeben, wie es nun mit der Demokratie weitergehen soll, sagt seine Zustandsanalyse der Politik für die klassische politische Partei wenig Gutes voraus.

Gut ein Jahr später hielt Ruud Koole, ehemaliger Vorsitzender der PvdA und heute Hochschullehrer für Politikwissenschaft an der Universität Leiden, im *NRC Handelsblad* ein leidenschaftliches Plädoyer für das Existenzrecht der politischen Parteien.⁶ Er wollte sich von dem Lockruf distanzieren, die Zukunft gehöre der politischen Bewegung und Parteien seien dem 19. Jahrhundert zugehörig, veraltet und daher passé. Nach seiner festen Überzeugung ist eine gut funktionierende Demokratie ohne politische Parteien undenkbar, denn so sehr sich die Gesellschaft auch verändere und die Anpassung der politischen Parteien an die neuen Herausforderungen mit Erfolgen und Rückschlägen gekoppelt sei, »Parteien haben neben der ordnenden Funktion, die sie im Verkehr zwischen Regierung und Parlament erfüllen, (immer noch) die wichtige Aufgabe, Wähler zu mobilisieren, Kandidaten zu rekrutieren, Politiker zur Verantwortung zu rufen und bei Wahlen programmatische Alternativen anzubieten, damit es etwas zu wählen gibt.« Auch die Rolle von Parteien bei der politischen Beschlussfassung ist seiner Meinung nach zu essenziell, um die politische Partei als Phänomen auf den Abfallhaufen der Geschichte zu werfen. Denn politische Beschlussfassung sei ja nichts anderes als das Abwägen vieler, oft gegensätzlicher Interessen und Wünsche, »erst in den Parteien und dann im Parlament zwischen den Parteien.« »Diese Arbeit«, so Koole, »ist notwendigerweise kompliziert und dadurch als Prozess oft holprig und mit Abstrichen verbunden, vor allem, wenn dann auch noch Kompromisse in Koalitionen geschmiedet werden müssen.« Dies sei für ihn jedoch kein Grund, das Phänomen politische Partei abzuschreiben. Wie sehr er auch Kritik am Funktionieren einzelner Parteien für möglich hielt, er appellierte doch dringend an die Meinungsführer in Politik, Medien und Wissenschaft, dieses Phänomen, das so unter Druck stand, öffentlich zu unterstützen.

Der Aufruf brachte jedoch in erster Linie Zyniker auf die Barrikaden, die eines gemeinsam hatten: Die Ächtung der politischen Partei. Politische Parteien, so schrieb einer von ihnen, »funktionieren wie geschlossene Bollwerke der Macht und Jobmaschinen, die die Führungsposten untereinander verteilen und das Auftreten politischer Individualisten verhindern. Wir werden in den Niederlanden nicht von Volksvertretern, sondern von Parteienvertretern regiert.«⁷ Hier wird dann also die Ursache für das abnehmende Vertrauen in die Politik und daran anknüpfend in den demokratischen Rechtsstaat gefunden.

Man muss sich jedoch fragen, ob es wohl ausreichenden Anlass für so viel Zynismus gibt. Liegt diesem eine strukturelle Veränderung in der politischen

5 P. MAIR, *Polity-Scepticism and Party Failings*, in: Ders. (Hrsg.) *The Challenge to European Democracy*, Wassenaar 2007, S. 18–42.

6 R. KOOLE, *Beweging is net zo goed politieke partij*, in: *NRC Handelsblad* vom 31.10.2007.

7 D. PELS, *De partij is dood. Leve de Bond*, in: *NRC Handelsblad* vom 19.11.2007.

Einstellung des Bürgers zugrunde, oder wird das Unbehagen eher durch konjunkturabhängige Umstände genährt, die sich zum Guten wenden lassen? Betrachten wir einmal einige der Indikatoren von Peter Mair näher, indem wir sie historisch einordnen. Mair nannte als eines der Symptome der Malaise die Abnahme der Identifikation mit der politischen Partei, die sich in einer Abnahme der Zahl der Parteimitgliedschaften äußert. Auf den ersten Blick hat er damit einen wichtigen Punkt erwischt.

In den letzten dreißig Jahren ist die Mitgliederzahl der politischen Parteien um ein Drittel von 450.000 auf 300.000 gesunken. Es zeigt sich jedoch, dass die Entwicklung offenbar nicht weiter rückläufig ist. Die Gesamtmitgliederzahl der politischen Parteien schwankt nämlich in den vergangenen zehn Jahren um diese 300.000. Analytiker konzentrieren sich oftmals auf die Gegenwart und vergessen, ihre Befunde in einen größeren Zeitrahmen zu platzieren. Wenn es stimmt, dass sich die niederländische Politik in einer ernsten Krise befindet und die Tiefe der Krise sich unter anderem an der Mitgliederzahl der politischen Parteien ablesen lässt, dann hätte die Entwicklung dieser Zahl eine ständige Abwärtsbewegung aufzeigen müssen, während für das jüngste Jahrzehnt eher von einer gewissen Stabilisierung die Rede ist.

Ein weiterer Indikator Peter Mairs ist die zunehmende Unterstützung für die populistischen Parteien. Obwohl die PVV von Wilders im Politbarometer momentan hoch gestiegen und die Gruppierung um Verdonk tief gefallen ist, sind die beide Bewegungen zu kurz auf dem Markt, um in historischer Perspektive etwas Sinnvolles darüber zu sagen. Für Marijnissens SP ist dies sehr wohl möglich. Mitgliederzahlen für die SP liegen für die Zeit ab 1992 vor. Diese sind durchaus beeindruckend. Die SP ist in dieser Hinsicht in den Niederlanden nach dem CDA und der PvdA die drittgrößte Partei geworden. Parallel hierzu verlaufen die Gewinne bei den Wahlen zur Zweiten Kammer. Auch hier ist die SP zur dritten Partei geworden – 2006 zog sie an der VVD vorbei. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass die SP ihren Höhepunkt überschritten hat. Dazu wird im Folgenden noch etwas angemerkt.

Aus Peter Mairs Indikatorenkatalog soll hier noch ein weiterer Indikator behandelt werden. Dieser betrifft die sinkende Wahlbeteiligung. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung, zumindest bei Parlamentswahlen, gar nicht so negativ. Zu Zeiten der Wahlpflicht, die seit Ende der 1960er Jahren nicht mehr existiert, riskierten die Wahlberechtigten eine Buße, wenn sie der Wahlurne fern blieben. Dennoch erschienen beispielsweise 1925 acht Prozent der Wahlberechtigten nicht zur Wahl, 1952 waren es fünf Prozent. Von den abgegebenen Stimmen erwies sich darüber hinaus auch noch ein relativ hoher Prozentsatz als ungültig: 1925 waren dies fast fünf Prozent und 1952 drei Prozent. Dieser Prozentsatz ist nach Abschaffung der Wahlpflicht auf ein vernachlässigbares Niveau gesunken. Er betrug bei den letzten Parlamentswahlen nur 0,2 Prozent. Diese Zahlen zeigen uns, dass in den Zeiten der Wahlpflicht rund 90 Prozent der Wahlberechtigten eine gültige Stimme ab-

gaben. Ein gewisser Anteil unter ihnen wird nicht aus politischem Engagement zur Wahlurne gegangen sein, sondern eher aufgrund des gesetzlichen Zwangs der Wahlpflicht. Ist es zu kühn zu behaupten, dass dieser Teil mit einem Seufzer der Erleichterung ab den 1970er Jahren einfach zu Hause geblieben ist? Wenn dies zutrifft, dann dürfen wir auch behaupten, dass die Abschaffung der Wahlpflicht eine reinigende Wirkung gehabt hat. So betrachtet, hat sich am politischen Engagement des Wählers im Laufe der Zeit nicht so furchtbar viel geändert. Der Prozentsatz der Wahlbeteiligung schwankt ab den 1970er Jahren zwar um 80 Prozent – mit einem kräftigen Einbruch in den 1990er Jahren – und ist unwidersprochen Konjunkturreinflüssen ausgesetzt, aber in den hier präsentierten Zahlen findet man zu wenig Unterstützung für die These, man könne von einer signifikant sinkenden Wahlbeteiligung sprechen. Ein solch signifikanter Rückgang zeigt sich wohl bei der Teilnahme an anderen Wahlen, denen zu den Provinzialstaaten und den Gemeinderäten sowie den Europawahlen, aber hier unterscheidet sich der politische Kontext zu stark von dem im Umfeld der Parlamentswahlen, um hieraus Schlussfolgerungen für das hier behandelte Thema der Zukunft der klassischen politischen Partei ziehen zu können.

Die Zukunft der politischen Partei

Auch wenn der Erfolg der populistischen Bewegung von Wilders und auch der SP deutliche Zeichen sind, gibt es wenig Anlass für die Annahme, dass für die klassische politische Partei wie sie durch die PvdA, den CDA und die VVD repräsentiert wird, die letzte Stunde geschlagen habe, wie es manche Meinungsführer nicht müde werden zu verkünden. Neben der Tatsache, dass Peter Mairs Indikatoren nicht ohne Weiteres die Auffassung dieser Meinungsführer bestätigen, muss man auch den Mut haben, sich kritisch mit dem Haltbarkeitsdatum der populistischen Bewegungen zu beschäftigen. Unter Berufung auf die Existenz von Wilders und Marijnissen beweisen zu wollen, dass man recht hat, zeugt von einer gewissen Naivität bei der Analyse der politischen Lage. Man überschätzt dann die Lebenskraft der neuen Bewegung beziehungsweise Partei und man unterschätzt die Regenerationsfähigkeit der klassischen politischen Parteien.

Es ist eine bekannte Tatsache, dass in dem visuellen Zeitalter, in dem wir leben, die Verpackung wichtiger als der Inhalt ist. Für Politiker ist es lebenswichtig geworden, ständig öffentlichkeitswirksam zu sein – womit, ist weniger von Bedeutung – und vor allem das sich Distanzieren vom anderen garantiert Erfolg. Redegewandtheit mit one-liners und Unbeirrbarkeit sind dabei unverzichtbare Fähigkeiten. Und wenn man es dann noch versteht, ein sogenanntes »Volksempfinden« zu kultivieren, schnellt man in den Umfragen nach oben. Wilders und in ihren besseren Tagen auch Verdonk sind unverkennbare Beispiele für diesen Politikertyp. Sie appellieren an Bauchgefühle, Gefühle der Angst, des Unbehagens, der Ungewissheit, Unsicherheit und Frustration und machen ihre Sympathisanten

glauben, sie könnten diese Gefühle in Politik umsetzen. Zu dem Glauben gehört auch, hinter ihnen stehe eine starke Organisation, in der Expertise auf dem weiten Feld der Politik gebündelt sei und durch die erfahrene Führungsleute bereitstünden, um auf höchster Ebene Verantwortung zu tragen, und in der ein Thinktank den Kurs der Bewegung bestimme, mit dem die Aktiven im Felde professionell gecoacht würden. Dabei gibt es praktisch nicht mehr als eine kleine Gruppe Eiferer mit politischer Ambition aber ohne ausreichende politische Ausbildung, die als Trittbrettfahrer auf dem Erfolg des Anführers oder der Anführerin mitfahren. Was aber, wenn das Charisma erschöpft ist oder wenn der charismatische Anführer wegfällt? Es gibt in der Geschichte genügend Beispiele, dass dann aufgrund der fehlenden Infrastruktur wenig bis nichts übrig bleibt, um den Laden zusammen zu halten. Das jüngste Beispiel hierfür ist natürlich die Bewegung um Pim Fortuyn, die nach dessen Tod rasch an Streitereien und Gezänk zugrunde ging. Die inzwischen fast vollständige Marginalisierung Rita Verdonks ist ein Beispiel für die katastrophalen Folgen der Erodierung des Charismas.

Auch an der SP ist zu sehen, dass eine starke Persönlichkeit keine Garantie für Dauerhaftigkeit ist. Hier zeichnet sich eine andere Entwicklung ab. Durch das ungestüme Wachstum dieser Partei gelangt eine neue Generation von Mitgliedern nach vorne, die sich nicht mehr so selbstverständlich dem Wort der Parteiführung fügen, welche nun bereits seit zwanzig Jahren fest in den Händen von Jan Marijnissen liegt. Der Kader wird immer noch von Menschen der ersten Generation dominiert, die in der straffen Führerstruktur verwurzelt sind, von der es heißt, sie besitze stalinistische Züge. Für eine Abweichung vom eingeschlagenen Kurs gibt es jedenfalls wenig Spielraum, was sich in der Abwanderung von Volksvertretern in Gemeinderäten und den Provinzialstaaten niederschlägt. Diese Äußerung der Unzufriedenheit mit der Parteikultur ist der Fraktion in der Zweiten Kammer bislang noch erspart geblieben, aber in der Ersten Kammer ist die erste Abspaltung inzwischen ein Fakt. Die interne Kritik schadet dem Parteiimage. Seit einiger Zeit sinkt die Zahl der Mitglieder leicht, und Umfragen zeigen, dass der Gegenwind in der Wählerschaft zugenommen hat: Bei Parlamentswahlen droht die SP ein Drittel ihrer Sitze in der Zweiten Kammer zu verlieren. Der plötzliche Rücktritt des Galionsfigur Marijnissen im Juni 2008 als Fraktionsvorsitzender – nicht als Parteivorsitzender – wegen Gesundheitsproblemen wird diese Entwicklung weiter negativ beeinflussen. Aber während für Wilders und bestimmt für Verdonk voraussichtlich kaum eine Zukunft dämmert, darf erwartet werden, dass die SP ohne Marijnissen einen Platz in der politischen Landschaft behalten wird. Dafür ist sie in den politischen Niederlanden eine zu feste Größe geworden. Darüber hinaus verfügt sie sehr wohl über eine Infrastruktur, um zu überleben. Es steht für sie nur zu befürchten, dass sie in der Post-Marijnissen-Zeit das gleiche Schicksal ereilen wird, wie die 1966 gegründete linksliberale Partei *Democraten66*, deren Entwicklung durch tiefe Täler und hohe Spitzen charakterisiert ist – heutzutage sind die hohen Spitzen wieder an der Reihe.

Können sich die drei großen Parteien nun zurücklehnen und abwarten, bis die Konjunktur die populistischen Bewegungen ausgelaut hat? Das scheint keine passende Strategie zu sein. Es ist sonnenklar, dass sie, und hier vor allem die PvdA und die VVD, den Raum haben entstehen lassen, der nun durch SP und Wilders gefüllt wird. Täte man nichts, bliebe dieser Spielraum bestehen und könnte durch wiederum andere eingenommen werden.

Was können die großen Parteien tun, um dies zu verhindern? Der Historiker hat Macht über die Vergangenheit, nicht über die Zukunft. Ihm steht es an, beim Prognostizieren bescheiden zu sein. Es fällt jedenfalls auf, dass es den Repräsentanten der Ideologien des 19. Jahrhunderts – Sozialismus, Liberalismus und Christdemokratie – zur Zeit an einer klaren und zusammenhängenden Vision fehlt, wohin sich die Gesellschaft bewegen soll. In den 1960er Jahren begann der Wähler zu driften, oder – um es förmlicher auszudrücken – er emanzipierte sich. Politische Parteien mussten sich plötzlich anstrengen, um seine Gunst zu erlangen. Da der Wähler stärker an der Lösung aktueller Probleme interessiert ist als an dem, was an Schönerem in einer fernen Zukunft erstrahlt, und da die Medien, vorweg das Fernsehen, Probleme erfinden und vergrößern und es erscheinen lassen, als stünden jedes Mal Kernprobleme zur Diskussion, fühlen sich die Parteien gezwungen, eine fallbezogene Politik zu führen. Kontext und Vision sind weniger wichtig geworden und die Manie, dem Wähler im Hier und Jetzt zu gefallen, ist die hauptsächliche Triebfeder für politisches Handeln geworden. In seinem neuesten Buch über die Politik in den Niederlanden im 20. Jahrhundert bezeichnet Friso Wielenga dies treffend als »Stimmungsdemokratie«.⁸ Ideologie ist da nur Ballast, der am besten über Bord geworfen wird. Die Parteien reiben sich aneinander und suchen die politische Mitte, wo sich der größte Teil der Wählerschaft befindet. Dort können sie sich nur wenig voneinander unterscheiden. Sie sind dadurch blass geworden und werden nun auch noch vom Wähler gnadenlos bestraft, wenn ihm die Ergebnisse nicht gefallen.

Bis weit in das 20. Jahrhundert verfügten die politischen Repräsentanten der drei Strömungen über eine feste Anhängerschaft, die sie mit Hilfe eines Komplexes von Mechanismen an sich zu binden wussten. Einer davon war die leidenschaftliche Verbreitung der eigenen Ideologie. So konnten nicht nur die Tagespolitik in einen klaren Kontext gestellt und der Anhängerschaft die Entscheidungen als Ergebnisse des hochgehaltenen Ideals erklärt werden, sondern die Anhängerschaft konnte gleichzeitig in der Überzeugung bestätigt werden, dass alles, was man tue, im Zeichen der Verwirklichung des Heilsstaates stehe. Nicht durch nach amüsanten Neuigkeiten dürstenden Medien behindert, gaben sich die Politiker mit Leidenschaft dem Nachdenken über kurz- und langfristige politische Konsequenzen ihrer Ideologie hin. Die Parteigrundsätze waren Inspirationsquelle und Leitfaden für

8 F. WIELENGA, *Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert*, Münster 2008, S. 360.

politisches Handeln. Das war die Zeit der heftigen ideologischen Debatten, der dicken Bücher und ausgereiften Studien über Parteigrundsätze sowie der Konzepte für die ideale Gesellschaft. Zugegeben, bei der Gesellschaft von damals gab es sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht viel Umbauebedarf, so dass die Notwendigkeit von Ideologie als politischem Instrument – jedenfalls für Politiker – etwas Selbstverständliches hatte. In der heutigen Zeit gibt es Leute die behaupten, die Gesellschaft sei faktisch fertig und ruhe auf den starken Fundamenten des liberalen Kapitalismus, für die es keine reale Alternative gebe, so dass lediglich noch Wartungsarbeiten notwendig seien. Dann komme der Ideologie keine bedeutende Rolle mehr zu. Inhaltliche Debatten über Ausgangspunkte und Zielsetzungen werden schnell als Sperenzchen abgetan, mit denen man den konsumierenden Bürger nicht ermüden dürfe. Der Bürger wolle unterhalten werden, also müsse auch die Politik Unterhaltung bieten.

Und doch müssen sich politische Parteien überlegen, ob sie wohl den Raum, den sie für populistische Bewegungen geschaffen haben, zurückerobert können, wenn sie weiterhin die Anwendung von über den ideologischen Leisten geschlagenen Ausgangspunkten und Zielsetzungen und die Verbreitung einer kohärenten Sicht der idealen Gesellschaft weniger wichtig finden als das Einschätzen der Windrichtung, die dem Wähler am meisten genehm ist. Mit anderen Worten: Politische Parteien müssen sich weniger konjunkturabhängig verhalten, sich nicht durch Wahlniederlagen in die Defensive drängen lassen, sondern mit Standfestigkeit das vertreten, wofür sie stehen. Sie müssen es wagen, der Tagesmode zu trotzen und gegen den Strom Politik aus groß angelegten Konzepten heraus zu betreiben, die von einer klaren und deutlichen Sicht der Zukunft zeugen.

In einem unlängst erschienenen Buch über die PvdA fällt der Autor ein hartes Urteil über diese Partei: »Ideologisch verwohnt, aus der Verankerung gerissen, ruhelos suchend nach Erneuerung um der Erneuerung willen, in der Sackgasse.«⁹ Das ist vielleicht etwas zu rigoros akzentuiert, aber der Autor steht mit seinem Plädoyer für eine Rückkehr zu den sozialdemokratischen Wurzeln nicht alleine da. So sieht beispielsweise auch Paul Kalma, ehemaliger Direktor der Wiardi-Beckman-Stichting, dem Thinktank der PvdA, in der Entfremdung von den eigenen Wurzeln die wichtigste Ursache für die brenzlige Situation, in die die Partei geraten ist. In einem Interview mit *NRC Handelsblad* erinnert er an ein Zitat von Bertold Brecht über den Kaufmann: »Ich weiß nicht, was ein Mensch ist. Ich kenne nur seinen Preis.« Es sei das Verdienst der Sozialdemokraten gewesen, dagegen protestiert zu haben. Und das müsse, so Kalma, auch die Berufung für die heutige Sozialdemokratie sein.¹⁰ Berufung ist das, was auch der Vizepräsident des Staatsrates und wichtige Berater der Regierung, Herman Tjeenk Willink, eher im Allgemeinen in der Politik vermisst. Das Fehlen eines kohärenten Blicks, aus

9 A. VAN DER ZWAN, *Van Drees tot Bos: zestig jaar succes en mislukking*, Amsterdam 2008, S. 331.

10 Vgl. *NRC Handelsblad* vom 5.4.2008.

dem heraus politische Parteien ihre Entscheidungen sowohl ableiten als auch motivieren, verführe schon sehr stark dazu, sich auf einzelne Vorfälle zu konzentrieren, was seiner Meinung nach nur zu Aufsehen erregenden Aktionen führen könne.¹¹

»Der Populismus«, schreibt Friso Wielenga, »hat in der niederländischen Politik einen festen Platz erobert.«¹² Das sei noch dahingestellt. Wenn sich die politischen Parteien, so lautet hier die Schlussfolgerung, wieder stärker ihren Wurzeln zuwenden und in der täglichen Politik zum Ausdruck bringen, dass sie sich hierdurch inspirieren lassen, braucht ihr letztes Stündlein noch nicht zu schlagen. Wenn sie klar voneinander zu unterscheiden sind, vertrauenerweckende Profile präsentieren und ausstrahlen, dass sie ihre Politik vor diesem Hintergrund betreiben, anstatt sich durch die Tagesmode hetzen zu lassen, besteht die Chance, dass sich der Wähler von seinem Bedürfnis, hinter Populisten her zu laufen, löst.

Auf der Konferenz, bei der Peter Mair die politische Malaise der westlichen Welt so ausführlich ausmalte, bot seine norwegische Kollegin Hanne Marthe Narud das notwendige Gegengewicht. Sie bezog sich auf das 1971 in den Vereinigten Staaten erschienene Buch *The Party is Over*, das den Untertitel *The Failure of Politics in America* trägt, um dann darauf hinzuweisen, dass sich ziemlich viele Gelehrte dreißig Jahre später darüber einig gewesen sind, dass die politischen Parteien ihre Position eher gefestigt haben.¹³ Die Zukunft der politischen Parteien erscheint somit weiter offen. Für das Fallbeispiel Niederlande sind die Parlamentswahlen im Jahr 2011 die nächste Gelegenheit zu bestimmen, in welche Richtung die politische Landschaft sich entwickelt.

11 RAAD VAN STATE, *Jaarverslag Raad van State 2007*, Den Haag 2008, S. II–32.

12 Wielenga (wie Anm. 9), S. 364.

13 H.M. NARUD, *Is the Party over in European Democracies ...?*, in: MAIR (wie Anm. 5), S. 48–58.